

## FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 28.3.2017

### » STEUERVERMEIDUNG BEKÄMPFEN, STEUERSÜMPFE AUSTROCKNEN, DEN HELFERN DAS HANDWERK LEGEN



Multinationale Unternehmen nutzen internationale Besteuerungslücken und nationale Steuerpräferenzen in großem Umfang zur Minimierung ihrer Steuerquote. Dabei begünstigt die Intransparenz internationaler Unternehmensstrukturen Steuerbetrug. Es entsteht ein hoher ökonomischer Schaden durch verzerrten Wettbewerb und ausbleibende Steuereinnahmen in Milliardenhöhe.

Der Kampf gegen Steuervermeidung kann nur gewonnen werden durch

- » Einheitliche Regeln zur Bestimmung des steuerpflichtigen Unternehmensgewinns in Europa
- » Mindeststeuersätze für Unternehmen
- » Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von Gewinnverschiebungen ins Ausland
- » Umfassende Transparenzpflichten
- » Beenden doppelter Nicht-Besteuerung
- » Anzeigepflicht von Steuervermeidungsstrategien
- » Konzentration der Steuerverwaltung

Bürgerinnen und Bürger wie Unternehmen müssen ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, indem sie mit ihren Steuerzahlungen Infrastrukturen, Sicherheit, Bildung finanzieren. Dies ist nicht nur Voraussetzung für das Funktionieren des Gemeinwesens sondern auch für eine funktionierende Wirtschaft. Fehlende Einnahmen durch Steuervermeidung verhindern höhere Investitionen in Bund, Länder und Gemeinden. Im globalen Süden bedrohen sie die Stabilität von Staatshaushalten und verschärfen die Armut. Viele multinationale Unternehmen nutzen nationale Steuerpräferenzen, Steuertricks und die laxen Regeln in Steuersümpfen aus, um ihren Steuerbeitrag zu minimieren. Das benachteiligt insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Unternehmen sollen unabhängig von Standort und Größe gleiche Wettbewerbsbedingungen haben und mit Produkten und Ideen konkurrieren, nicht mit der Fähigkeit, sich ihren Steuerzahlungen zu entziehen.

Wir sagen Steuervermeidung, Steuerbetrug, Steuerdumping und Steuersümpfen den Kampf an. Dazu wollen wir die internationalen Besteuerungsregeln neu ausrichten und zumindest in Europa nationale Steuerpräferenzen abbauen. Multinationale Unternehmen sind nicht nur den Anteilseignern verpflichtet, sondern sollen sich gerecht an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

Aggressive Steuervermeidung –die unter vielen anderen Skandalen über Lux Leaks der Öffentlichkeit bekannt wurde– ist in vielen Fällen zwar legal, aber nicht legitim. Sonderkonditionen hingegen, die manche Staaten internationalen Konzernen einräumen, können gegen das EU-Recht verstoßen. Der Konzernriese Apple zahlte auf seine europaweiten Gewinne, die er nach Irland verschob, nur einen symbolischen Steuersatz von 0,005 Prozent und der britische Brauereikonzerne SABMiller zahlte in Ghana zeitweise weniger Steuern als der Betreiber eines lokalen Getränk kiosks. Aber auch deutsche Konzerne nutzen die Lücken der unterschiedlichen nationalen Steuersysteme zur Steuerminimierung. Mehr als 1,5 Billionen US\$ unversteuerten Gewinne haben US-Unternehmen nach bisherigen Erkenntnissen in den Steuersümpfen der Karibik gebunkert und verzerren mit ihrer Marktmacht den globalen Wettbewerb. Darin enthalten sind die unversteuerten Gewinne aus Europa. Bei den bekannt gewordenen Fällen handelt es sich allenfalls um die Spitze des Eisbergs. Die EU-Kommission schätzt,

dass die EU-Staaten insgesamt 50 bis 70 Mrd. Euro jedes Jahr allein durch die aggressive Steuervermeidung der großen Konzerne an Steuereinnahmen verlieren. Laut IWF sind Entwicklungsländern im Jahr 2015 rund 200 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen durch legale aber illegitime Steuervermeidung von Unternehmen entgangen. Das ist weit mehr als sie an Entwicklungsgeldern erhalten. Multinationale Unternehmen zahlen in Deutschland laut einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim ca. 30 Prozent weniger Steuern als vergleichbare national operierende Firmen. Das führt dazu, dass kleine und mittlere Unternehmen überproportional für die Infrastruktur zahlen und damit einen Wettbewerbsnachteil erleiden. Alle Unternehmen sollen die Verantwortung für das Gemeinwesen wahrnehmen und deshalb ihren steuerlichen Beitrag leisten. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und des fairen Wettbewerbs.

Eine Folge der Digitalisierung ist der Verlust der eindeutigen Zuordnung eines Geschäftes und des damit verbundenen Gewinns zu einzelnen Nationalstaaten. Entsteht der Gewinn von Google dort, wo der User mit der Weitergabe seiner Daten "bezahlt" oder dort, wo Google seine Entwicklungsabteilung hat oder dort, wo der Server von Google steht oder etwa am Standort der Konzernleitung? Unklare Rechtsverhältnisse begünstigen die Gestaltungsmöglichkeiten für international operierende Unternehmen. Wir brauchen daher einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Steuerharmonisierung, die Mindeststandards für die Unternehmenssteuern festlegt. Dies ist auch entscheidend, um das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes im Sinne eines "equal level playing field" sicherzustellen.

Steuerbetrug ist ein klarer Straftatbestand. Sowohl die Steuermanipulationen prominenter Fußballmillionäre als auch die Aufdeckung der Briefkastenfirmen von mehr als 1.000 Deutschen in Panama und Malta haben gezeigt, dass der Kampf gegen Steuerbetrug noch längst nicht gewonnen ist. Mit dem Brexit und US-Präsident Trump scheint die internationale Koalition im Kampf gegen Steuervermeidung und -betrug ins Stocken zu geraten. Wir Grüne im Bundestag fordern deshalb, dass Deutschland die G20-Präsidentschaft in diesem Jahr nutzt, um endlich entscheidend voran zu kommen im Kampf gegen die Steuervermeidung, hier und weltweit.

## **SCHÄDLICHE AUSWÜCHSE DES INTERNATIONALEN STEUERWETTBEWERBS...**

Apple und Co. nutzen häufig die Möglichkeit mit einer Gewinnverschiebung in Länder mit sogenannten Lizenzboxen oder auch besonderen Abschreibungsregeln, z.B. fiktive Zinsen auf Eigenkapital, massiv Steuerzahlungen zu verringern. Die einzelnen Nationalstaaten wollen mit diesen Steuerpräferenzen die Unternehmen anlocken. Mitgliedsstaaten, deren steuerrechtliche Regelungen die Gewinnverschiebung von multinationalen Konzernen begünstigen, handeln nicht solidarisch sondern auf Kosten der anderen Mitgliedsstaaten. Der Steuerwettbewerb darf nicht dazu führen, dass Gewinne am Ende gänzlich unversteuert in den Steueroasen landen. Fehlende (Quellen-) Steuern auf Zins-, Dividenden- und Lizenzzahlungen führen nämlich dazu, dass gar keine Steuern anfallen, wenn der Gewinn in weitere undurchsichtige Steuersümpfe verschoben wird. Wir brauchen einen wirksamen Riegel gegen die Verlagerung von Gewinnen global agierender Unternehmen in Steuersümpfe wie die Cayman Islands.

## **...UND WIE WIR UNS DAGEGEN ZUR WEHR SETZEN KÖNNEN**

Wir wollen einheitliche Regeln zur Bestimmung des steuerpflichtigen Unternehmensgewinns in Europa. Faire Wettbewerbsbedingungen können nur mit einer Besteuerung des gesamten Konzerns (unitary taxation) erreicht werden. Das Prinzip muss sein, den Gewinn eines international tätigen Unternehmens nach der Wertschöpfung auf die Länder zu verteilen. Die Staaten können dann ihren Anteil am Gewinn nach ihren Vorstellungen besteuern. In der EU wird aktuell an einer solchen Reform gearbeitet. Dieses Reformprojekt wollen wir im Gegensatz zur Bundesregierung deutlich forcieren. Insbesondere als Reaktion auf die Internationalisierung der digitalen Wirtschaft erscheint die unitary taxation als einzig möglicher Ansatz.

Der erste Schritt muss die rasche Einführung der sogenannten gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) auf EU-Ebene sein, weil damit konzerninterne Gewinnverschiebungen in Europa kaum noch attraktiv wären. Und wir wollen eine Untergrenze bei den Unternehmenssteuersätzen in Europa. Europa muss hier einen Standard setzen, um den Steuerwettbewerb zwischen den Ländern zu vermindern und Steuerdumping zu verhindern. Deutschland muss sich in Europa dafür stärker engagieren. Gerade die wichtige und starke internationale Stellung der deutschen Wirtschaft verlangt eine in die Zukunft gerichtete Politik.

Wir wollen die Steuervermeidung durch Lizenzzahlungen ins Ausland schnellstmöglich beenden, indem solche Ausgaben in Deutschland nur mehr beschränkt steuerlich absetzbar sind. Multinationale Konzerne, z.B. IKEA, nutzen Lizenzzahlungen um ihren steuerpflichtigen Gewinn in Deutschland zu reduzieren. Dies geht zu Lasten des deutschen Steueraufkommens und schadet auch dem Wettbewerb, weil Konzerne sich damit gegenüber nationalen Konkurrenten einen Kostenvorteil erschleichen.

Auch die von Deutschland abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen weisen Defizite auf. Asymmetrien in den Steuersystemen führen häufig dazu, dass sowohl Entwicklungsländern als auch dem deutschen Fiskus wichtige Steuereinnahmen entgehen. Wir wollen möglichst viele Staaten, insbesondere Entwicklungsländer darin unterstützen, dass bestehende Doppelbesteuerungsabkommen zeitnah ersetzt werden, um z.B. die doppelte Nicht-Besteuerung wirksam zu verhindern.

Wir setzen uns für umfassende länderbezogene Offenlegungspflichten hier und weltweit ein, denn öffentlicher Druck fördert Steuerehrlichkeit. International tätige Unternehmen müssen transparent machen, was sie in den einzelnen Staaten machen – wieviel Wertschöpfung sie haben, wieviel Menschen sie beschäftigen und wieviel Steuern und andere Abgaben sie als einen Beitrag zur öffentlichen Daseinsvorsorge dort einbringen. Die Bundesregierung hat diese Öffentlichkeit bisher verhindert. Wir wollen, dass Unternehmen, dort wo sie produzieren und ihre Produkte verkaufen, auch ihren fairen Beitrag an der Finanzierung der Infrastruktur leisten, sei es hier in Deutschland oder in Ghana. Es muss der steuerpolitische Grundsatz gelten, Wertschöpfung in dem Land zu besteuern, in dem sie erfolgt.

Die bisherigen Reformen zur Bekämpfung von Steuervermeidung berücksichtigen die berechtigten Interessen der Entwicklungsländer noch zu wenig. Unser Ziel ist die Einrichtung eines UN-Gremiums, das unter Beteiligung aller Länder Standards für die internationale Besteuerung setzt

## **VERSTECKSPIEL IM STEUERSUMPF**

Spektakuläre Steuerbetrugsfälle wie der Cum-Ex-Skandal haben in den letzten Jahren die Öffentlichkeit schockiert. Daneben haben investigative Journalisten und Whistleblower auch internationale Strukturen aufgedeckt, die hauptsächlich dazu dienen, dem Fiskus Steuern vorzuenthalten. In den Steuersümpfen der Welt liegen insgesamt Vermögen von über 20 Billionen Dollar.

Dabei handelt es sich meist um unbesteuertes, zum Teil illegales Geld, das früher auf Schweizer Nummernkonten und heute in Briefkastenfirmen z.B. im US-Staat Delaware, in Panama oder Malta und in anderen Steuersümpfen versteckt wird. Geheim halten kann man sein Vermögen auch, indem man es in ein Unternehmen oder eine Stiftung einbringt und niemand weiß, wem dieses Unternehmen eigentlich gehört. Diese Briefkastenfirmen werden von Strohmännern verwaltet. Der wahre Eigentümer aber bleibt im Dunklen. So werden nicht nur Steuern hinterzogen. Auch das organisierte Verbrechen wie die Mafia, Terrororganisationen wie der IS und korrupte Diktatoren verstecken so ihre illegal erworbenen Vermögen.

## **LICHT INS DUNKLE BRINGEN**

Am wirkungsvollsten beendet man dieses Versteckspiel, indem man Licht ins Dunkle bringt. Wir wollen, dass transparent wird, wer sich hinter einem Unternehmen, einem Verein oder einer Stiftung

verbirgt – und zwar weltweit. Anonyme Briefkastenfirmen haben keinen ökonomischen oder gesellschaftlichen Sinn. Wir wollen deshalb ein gemeinsames europäisches, öffentlich einsehbares Transparenzregister schaffen, das wirtschaftlich Begünstigte von Unternehmen, Trusts und Stiftungen offenlegt. Die Europäische Kommission hat hierfür bereits Vorschläge gemacht. Die Bundesregierung hat lange geschlafen, obwohl Deutschland als Paradies für das Waschen von schmutzigem Geld gilt.

Zwar können wir anderen Staaten kaum vorschreiben, welche Firmengründungen sie zulassen und welche nicht. Aber zu Transparenz und zur Teilnahme am automatischen Informationsaustausch müssen die Länder über politischen Druck gedrängt werden. Wir wollen, dass der internationale Informationsaustausch in Steuerfragen ausgebaut wird. Staaten, die die erforderlichen technischen Standards noch nicht erfüllen können, müssen dahingehend unterstützt werden, dass sie schnellstmöglich am Informationsaustausch teilnehmen können. Staaten, die aber weiterhin mit der Anonymität werben gehören auf eine schwarze Liste. Geschäftsbeziehungen zu solchen Staaten werden wir sanktionieren. Das betrifft insbesondere die USA, die sich weigern, den sogenannten CRS (Common Reporting Standard) im Rahmen des Country-by-Country Reporting zuzustimmen. Denn der CRS verlangt die Aufdeckung der wirtschaftlich Begünstigten eines Unternehmens. Nur mit dieser Information kann aber der Fiskus den Steuerpflichtigen identifizieren und die Steuerschuld eintreiben.

Es sind die großen, weltweit tätigen Steuerberatungsgesellschaften, die Umsätze in Milliardenhöhe damit erzielen, die verschiedenen Steuersysteme auf der Welt zu analysieren und Strategien zur internationalen Steuerminimierung zu verkaufen. Die Legitimation solcher Beratungsleistungen lässt sich kaum begründen, da sie einzig und allein darauf abzielen der Gemeinschaft den fairen Anteil an Steuerzahlungen vorzuenthalten. Der Verweis auf die Legalität dieser Strategien ändert nichts daran, dass Steuervermeidung gesellschaftlich und politisch nicht nur abgelehnt werden muss sondern auch Strategien entwickelt werden müssen, dagegen vorzugehen. Wir wollen zukünftig Banken und Berater verpflichten, ihre Steuerminimierungsstrategien dem Finanzamt anzuzeigen. Gestützt wird dieser Vorschlag von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Finanzbehörden erfahren somit frühzeitig von neuen Gestaltungen und ungewollten Gesetzeslücken. Oft entgehen den öffentlichen Haushalten Milliarden, weil solche Lücken nicht rechtzeitig erkannt und die Gesetze nicht mehr angepasst werden können.

## **BUNDESEINHEIT ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERBETRUG UND STEUERVERMEIDUNG**

Die Bundesregierung hat nach jahrelangem Zögern im letzten Jahr endlich ein Gesetz gegen den Umsatzsteuerbetrug mit manipulierten Kassen, die pro Jahr eine Steuermindereinnahme von 10 Mrd. Euro verursachen, umgesetzt. Es bestehen große Zweifel, ob die eingeleiteten Maßnahmen wirklich effektiv sind. Darüber hinaus zeigen sich immer wieder große Lücken im Bereich des Umsatzsteuervollzugs: Seit mehr als 2 Jahren ist bekannt, dass insbesondere in China ansässige Händlerinnen und Händler über Internetplattformen beim Verkauf von kleineren Elektronikartikeln (Handys, MP3-Player, LED-Leuchten, Akkus usw.) keine Umsatzsteuer abführen. Der Schaden beläuft sich auf schätzungsweise 800 Mio. Euro pro Jahr. Es ist absolut inakzeptabel, dass die Bundesregierung bislang nicht auf dieses Vollzugsdefizit reagiert hat. Wir finden, dass die Plattform-Provider dafür Sorge tragen müssen, dass Anbieter Umsatzsteuer abführen. Wenn der Händler keine Umsatzsteuer entrichtet, muss der Betreiber der Plattform herangezogen werden.

Viele Probleme des Steuervollzugs lassen sich auf den Zustand der Steuerverwaltung zurückführen. Das Nebeneinander von insgesamt 16 Steuerverwaltungen ist ineffizient und begünstigt den Steuerbetrug. Deshalb wollen wir als ersten Schritt, dass der Bund gestärkt wird und für große Unternehmen und Einkommensmillionäre die Zuständigkeit erhält. Eine gut ausgestattete und auch international ausgerichtete Spezialeinheit für diese besonders wichtigen Steuerfälle soll Steuerbetrug und Steuervermeidung wissenschaftlich analysieren, um Abwehrstrategien und Empfehlungen für die Politik zu entwickeln.

